



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses





Wahlkreisbüro

Lübecker Str. 6

23701 Eutin

Tel: (04521) 71 611

 (04521) 78 386

 bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

Eutin, 29.12.2014




Gedanken zum Jahreswechsel 2014/2015

Seit über 12 Jahren arbeite ich jetzt als SPD-Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstormarn im Deutschen Bundestag – und dort ebenso lange als Mitglied im einflussreichen Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss. Seitdem ist es für mich eine Tradition geworden, zum Jahreswechsel Bilanz zu ziehen, bevor auch für mich – am Ende eines aufregenden, arbeitsintensiven und sehr erfolgreichen Jahres - ein paar entspannte und besinnliche Tage im Kreise meiner Familie beginnen. Auf diese Zeit freue ich mich stets, auch wenn das Wetter erst zum 2. Weihnachtstag sonnig und frostig wurde und die neuen Schlitten, die der Weihnachtsmann meinen beiden Enkelkindern in Kasseedorf gebracht hat, mangels Schnees noch auf ihren ersten Einsatz warten müssen. Endlich habe ich Zeit, um mit den beiden zu spielen, ausgedehnte Spaziergänge durch das winterliche Naturschutzgebiet in Kasseedorf zu machen, frische Luft zu tanken oder die Stunden im Kreise meiner Familie zu genießen und einfach einmal „die Seele baumeln zu lassen“.

Dass das Jahr 2014 sehr arbeitsreich sein würde, war von vorn herein klar: Durch Bundestagswahlkampf und Koalitionsverhandlungen hatte die gesetzgeberische Arbeit in Berlin 2013 zuletzt 6 Monate quasi geruht ... und der Koalitionsvertrag, der von den SPD-Mitgliedern mit überzeugender Mehrheit unterstützt worden war, hatte ehrgeizige Ziele festgelegt, deren Umsetzung die Menschen jetzt von uns erwarteten. Dabei hatte vor allem unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles mit dem Rentenpaket und dem gesetzlichen Mindestlohn ein gewaltiges Pensum zu erledigen. **Versprochen – gehalten:**

Am 23. Mai haben wir in Berlin das **Rentenpaket – die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren ab 63 und die Mütterrente für diejenigen Frauen, die vor 1992 Kinder gebo-**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832  (030) 227 - 76920  bettina.hagedorn@bundestag.de

ren haben - verabschiedet. Davon profitieren allein 2014 auf Anhieb etwa 10 Millionen Menschen bundesweit: insbesondere jene Männer und Frauen, die über Jahrzehnte – oft körperlich schwer – auf dem Bau, im Handwerk, im Einzelhandel, in Pflegeheimen oder Krankenhäusern, oft auch im Schichtbetrieb und am Wochenende - gearbeitet und sich nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand redlich verdient haben! Die „Mütterrente“ kommt jenen Müttern zu Gute, die vor 1992 zu Hause die Kinder erzogen haben und aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden mussten, weil die notwendige Infrastruktur von Ganztagschule und frühkindlicher Kinderbetreuung damals in (West-)Deutschland noch komplett fehlte. Diese Mütter haben deshalb eine Lücke im Erwerbsleben, die ihren Rentenanspruch spürbar schmälert. Ab dem 1. Juli 2014 erhalten nun etwa 9,5 Millionen dieser Mütter rückwirkend monatlich pro Kind 28,60 Euro mehr - und das automatisch und ganz unbürokratisch ohne Antrag.

Gesagt. Getan. Gerecht: Seit Jahren hat die SPD an der Seite der Gewerkschaften in jedem Wahlkampf **für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro** gekämpft, den CDU/CSU und FDP ebenso lange erbittert verhindern wollten. Am 3. Juli 2014 war dann endlich der historische Tag: An diesem Tag stimmte der Bundestag mit übergroßer Mehrheit (nur die Linke enthielt sich komplett der Stimme und bei der Union waren fünf Unbelehrbare dagegen) für die Einführung des Mindestlohns ab 1. Januar 2015 und sorgte so dafür, dass für bundesweit mindestens 3,7 Mio. Menschen das Lohndumping ein Ende hat. Für tausende Beschäftigte in Ostholstein mit seinen traditionell niedrigen Löhnen im Dienstleistungs- und Gastgewerbe ist das ein besonderer Meilenstein: 2013 arbeiteten hier über 20.000 Menschen für weniger als 6,50 Euro pro Stunde – davon über 8.500 sogar in Vollzeit! Es ist unwürdig, dass diese Menschen bisher trotz 40-Stunden-Woche oft zusätzlich zu ihrem Gehalt mit Arbeitslosengeld „aufstocken“ mussten. Über 10 Milliarden Euro mussten bislang von den Steuerzahlern bundesweit dafür jedes Jahr aufgebracht werden – unwürdig für die Beschäftigten, ungerecht im Wettbewerb gegenüber den Betrieben, die schon bislang anständige Löhne gezahlt haben, und volkswirtschaftlich unsinnig obendrein: eine staatliche Subventionierung von Lohndumping. Mit dem Mindestlohn-Paket machen wir auch **Schluss mit der Generation Praktikum:** Endlich dürfen junge Berufseinsteiger - oft mit abgeschlossener Ausbildung oder Studium - nicht mehr durch ein unbezahltes Praktikum als Billig-Hilfskräfte ausgebeutet werden. Fachkräfte von morgen verdienen einen fairen Berufseinstieg! Nur dann, wenn nicht die Arbeit, sondern das Lernen im Vordergrund steht und das Praktikum auf maximal drei Monate begrenzt ist, gibt es Ausnahmen vom Mindestlohn. Um diesen Schwerpunkt auch zu garantieren, haben wir gesetzlich endlich faire Rahmenbedingungen für Praktika beschlossen: Jedes Praktikum braucht einen schriftlichen Vertrag, in dem die Ausbildungsziele, die Praktikumsdauer, Arbeitszeiten und Bezahlung festgelegt werden müssen. Das ist ein Riesenerfolg für die Junge Generation, den die SPD jetzt durchgesetzt hat.

Versprochen – Gehalten! – das gilt auch in dem für Ostholstein und Schleswig-Holstein insgesamt so wichtigen Bereich **Gesundheit und Pflege**. Während unter Schwarz-Gelb zwar werbewirksam „das Jahr der Pflege“ ausgerufen wurde, es aber außer Lippenbekenntnissen

nur ein „Strohfeuer“ namens „Pflege-Bahr“ mit einem staatlichen Zuschuss von sage und schreibe fünf Euro monatlich gab, setzen wir in der Großen Koalition jetzt notwendige und spürbare Verbesserungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und Pflegekräfte durch. Als ersten Schritt haben wir am 17. Oktober im Bundestag das **Pflegestärkungsgesetz I** beschlossen, mit dem wir ab 1. Januar 2015 den Betreuungsschlüssel für alle Bewohnerinnen und Bewohner durch 45.000 zusätzliche Betreuungskräfte verbessern. Die Leistungssätze – zum Beispiel für die Pflegestufen - steigen im Schnitt um 4%, die Zuschüsse für die altersgerechte Umrüstung der Wohnung (von bisher max. 2.557 Euro auf neu max. 4.000 Euro) und für Hilfsmittel werden substantiell erhöht. Insgesamt stellen wir damit 2,4 Milliarden Euro mehr für die etwa 2,5 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland zur Verfügung. Wer kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren muss, wird eine **bis zu zehntägige bezahlte Auszeit vom Beruf nehmen** können - dies regelt **ab dem 1. Januar 2015 das Gesetz zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**. Ausblick: Das Pflegestärkungsgesetz II (unter anderem mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff) soll 2016 beraten werden und 2017 in Kraft treten, und noch in dieser Legislaturperiode werden wir ein Gesetz zur Stärkung der Pflegeberufe vorlegen. Damit wollen wir jungen Menschen eine gute Perspektive in Pflegeberufen bieten und gleichzeitig dem drohenden Fachkräftemangel vorbeugen. Ich selbst habe dieses Jahr wieder **zwei Praktika in der Pflege** gemacht, um im direkten Kontakt mit den Bewohnern, Patienten und Mitarbeitern vor Ort den realen Pfl egetag kennenzulernen und diese Eindrücke mit in die politische Arbeit mitzunehmen. **So war ich am 20. Januar in den Sana Kliniken in Eutin – zunächst auf der Intensivstation und dann in der onkologischen Klinik. Am 21. November habe ich auch beim Medizinischen Pflegedienst in Oldenburg und Heiligenhafen hospitiert.** Im Jahr 2012 hatte ich den „**Runden Tisch – Zukunftsperspektiven in Pflege und Gesundheitsberufen**“ ins Leben gerufen, der bereits drei Mal stattgefunden hat. Den runden Tisch werde ich natürlich auch in den nächsten Jahren fortführen.

Als weiterer Schwerpunkt von uns Sozialdemokraten haben wir 2014 im Bundestag auch Wort gehalten bei der **Schaffung weiterer Krippen- und Kitaplätze und der erforderlichen Entlastung der Kommunen**. Beides hatte die SPD bereits im Koalitionsvertrag durchgesetzt: ab 2015 wird es bundesweit 30.000 neue Krippen-/Kitaplätze geben, wofür der Bund den Kommunen (über die Länder) 550 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Für die Entlastung bei den Betriebskosten erhalten die Länder (zur Weiterleitung an die Kommunen!) 2017 und 2018 noch einmal je 100 Mio. Euro. **Für Schleswig-Holstein bedeutet das: ca. 18,2 Mio. Euro Bundeszuschuss zum weiteren Krippenausbau!** Seit 2004 haben wir in Deutschland auf Initiative der SPD und mit massiver Unterstützung des Bundes aus damals 60.000 Krippenplätzen bundesweit (davon die meisten in den östlichen Bundesländern) damit über 800.000 gemacht. Um Kommunen und Länder mit dieser Aufgabe nicht allein zu lassen, hat sich der Bund seit 2004 nicht nur mit knapp 8 Mrd. Euro an diesem Aufbau beteiligt, sondern auch eine dauerhafte Beteiligung an den Betriebskosten der Krippen im Umfang von 845 Mio. Euro jährlich an die Länder durch Neuverteilung von Umsatzsteuerpunkten vollzogen. Damit zeigen wir

auch 2014 wieder eindrucksvoll, dass frühkindliche Bildung zu den obersten Prioritäten sozialdemokratischer Politik gehört. **Und die Kommunen werden ab 2015 zusätzlich um ca. 500 Mio. Euro pro Jahr als 1. Schritt bei den Kosten der Unterkunft entlastet – Versprochen. Gehalten!**

Das erste Regierungsjahr der Großen Koalition in Berlin hat vor allem unser **Außenminister Frank-Walter Steinmeier** enorm gefordert - „**Die Welt scheint aus den Fugen zu sein**“ – so hat er die Situation zutreffend beschrieben angesichts der Kriege und des Leides von Millionen Flüchtlingen gerade in Syrien, im Libanon und Irak, in Palästina und Afghanistan, in Afrika, wo der Ebola-Virus zusätzlich wütet. Ich bin froh, dass wir mit ihm einen starken Außenminister haben, der weltweit hohe Wertschätzung genießt und sich gemeinsam mit der Kanzlerin diplomatisch geschickt und verantwortungsvoll ohne jede Scharfmacherei deeskalierend einsetzt. CDU-Verteidigungsministerin von der Leyen, die offenbar gerne mit dem Säbel rasselt, wird so in den Schranken gehalten. Sie hat im Übrigen mit dem desaströsen Ausrüstungschaos bei der Bundeswehr, das ihr offenbar die Vorgänger überlassen haben, ein großes Betätigungsfeld, auf das sie sich konzentrieren muss.

Die Bürgerkriege insbesondere im Nahen Osten und die Tyrannei der IS-Terroristen haben 2014 zu einem **enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen** geführt - die Zahl der Asylanträge stieg in diesem Jahr auf über 200.000. Wir haben 2014 zusätzlich 25.000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Anrainerstaaten Syriens aufgenommen (seit 2011 insgesamt über 70.000 syrische Staatsbürger) und setzen darauf, dass auch andere EU-Mitgliedstaaten unserem Beispiel folgen werden. Wer vor Krieg oder Verfolgung flieht, riskiert sein Leben, ist häufig traumatisiert und sucht Schutz, Hoffnung und Perspektiven für sich, seine Familie und seine Kinder. Es gehört zu den Lichtblicken 2014, dass so viele Menschen in Deutschland und auch in unserer Region sich ehrenamtlich für diese Flüchtlinge einsetzen, ihnen ein Willkommen signalisieren, sie bei Behördengängen unterstützen, die Sprachbarrieren zu überwinden suchen, den Kindern Freude bereiten, den Familien im Alltag helfen. Am 5. September war ich auf Einladung der SPD in Stockelsdorf zu Gast beim dortigen Migrantenwohnheim, wo wir mit Anwohner einig waren im Bemühen um dezentrale Flüchtlingsunterkünfte. Aber das wichtigste ist im Moment: ein menschenwürdiges Dach über dem Kopf und Schutz vor Kälte und Intoleranz. Gut, dass so viele Menschen in Deutschland ein beherztes und kraftvolles Zeichen gegen die PEGIDA-Demonstrationen setzen, deren Initiatoren definitiv nationalistisch, fremdenfeindlich und rechtsextrem sind.

Vor allem auf die Kommunen und Länder kam 2014 mit den steigenden Flüchtlingszahlen eine organisatorisch enorme Herausforderung zu – die Flüchtlingswelle war ähnlich groß wie zuletzt in den 90er Jahren. Kaum jemandem ist heute bewusst, dass noch bis 2014 für die Kosten der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber in den ersten 4 Jahren ihres Aufenthaltes allein Länder und Kommunen zuständig waren, und nicht etwa der Bund. **In diesen 4 ersten Jahren durften Asylbewerber bis 2014 auch nicht arbeiten** – eine konservative Mehrheit im damaligen Bundesrat hatte die Regelung ehemals durchgesetzt, um Flüchtlinge leichter

abschieben zu können. Das Ziel dieser Regelung war erkennbar nicht Spracherwerb und Integration, sondern Abschottung und Isolation. Die schwarzgelbe Vorgängerregierung hatte sich geweigert, diese alten Regelungen abzuschaffen – **das Bundesverfassungsgericht hatte noch vor der Bundestagswahl 2013 die nicht existenzsichernden Leistungen für Flüchtlinge und deren Kinder als unvereinbar mit dem Grundgesetz geurteilt**. Die Große Koalition hat jetzt endlich in Abstimmung mit dem Bundesrat **das Asylbewerberleistungsgesetz verfassungskonform u.a. mit höheren und früheren Leistungen (entsprechend SGB XII) sowie dem Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder geändert**. Einerseits werden Asylanträge künftig unter Beibehaltung eines rechtsstaatlichen Verfahrens beschleunigt und andererseits deutlich mehr Integrationsangebote für die Schutzsuchenden angeboten und das Arbeitsverbot aufgehoben – die Kosten dafür werden ganz überwiegend auf den Bund verlagert, der damit Kommunen und Länder enorm entlastet. Um angesichts steigender Asylantragszahlen zügige Verfahren für alle Antragsteller zu sichern, haben wir im zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schon 2014 zusätzliche 300 Stellen eingerichtet, 2015 werden weitere 350 Stellen hinzugekommen. Im Haushaltsausschuss haben wir für 2015 die wichtige Arbeit der Jugendmigrationsdienste und der Migrationsberatung für Erwachsene um insgesamt 9 Mio. Euro erhöht. Allein der Jugendmigrationsdienst betreute 2014 ca. 75.000 Jugendliche, 50 Prozent als noch 2011! Nachdem wir bereits im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, dass jeder Neuzuwanderer das Recht und die Möglichkeit auf ein Erstberatungsgespräch haben soll, haben wir so dafür gesorgt, dass die steigende Nachfrage nach Beratung und Hilfestellung auch bewältigt werden kann. Das wichtigste Instrument zur Integration ist jedoch die deutsche Sprache: darum hat der Haushaltsausschuss schon für 2014 für Sprachkurse 45 Mio. Euro mehr bereit gestellt als die CDU-Minister Schäuble und De Maizière es im Regierungsentwurf für den Haushalt vorgesehen hatten und hat dieses Niveau von ca. 250 Mio. Euro pro Jahr insgesamt auch für 2015 gehalten – diese Beschlüsse sind der wichtigste Beitrag für eine geglückte Integration. Für viele Einwanderungsfamilien, die schon länger bei uns leben, und vor allem für deren heranwachsende Kinder hat **die SPD 2014 in einem weiteren wichtigen Punkt „Wort gehalten“: das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft!** Endlich werden junge Menschen, die in Deutschland häufig geboren, zumindest aber aufgewachsen und ausgebildet wurden, nicht mehr bis zu ihrem 23. Geburtstag gezwungen, sich für einen Pass zu entscheiden. Sie können Deutsche werden/bleiben und müssen die Wurzeln der familiären Herkunft dennoch nicht abschneiden. Ein großer humaner Fortschritt!

Seit 2002 arbeite ich in **Berlin im Haushaltsausschuss**, seit 2009 bin ich dort sogar die stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, aber seit der Bundestagswahl 2013 bin ich als **Berichterstatterin dort für das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter CSU-Minister Dobrindt zuständig**. 2014 wurde schnell klar: diese Aufgabe wird bis 2017 turbulent und spannend bleiben ... und das sicher nicht nur wegen des Bürokratiemonsters PKW-Maut als bayrisches Unions-Kernanliegen, sondern auch wegen der zusätzlichen 10 Milliarden Euro geplanten Investitionen, die im Herbst für die Jahre bis 2017 vom

Kabinettsbeschlüsse wurden. Trotz Einhalten der Schuldenbremse wollen wir als Große Koalition sehr viel zusätzliches Geld in den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur und in den Breitbandausbau stecken ... und ich versuche dafür zu sorgen, dass Herr Dobrindt dieses Geld nicht nur in Ortsumgehungen in Bayern und in seinem Wahlkreis ausgibt. 2014 mussten wir wegen der Verzögerungen durch die Bundestagswahl gleich zwei Bundeshaushalte aufstellen, was mir gleich zweimal wochenlange Beratungen mit meinen Kolleginnen und Kollegen bescherte und zweimal die Gelegenheit für einen positiven Paukenschlag für Schleswig-Holstein bot: nachdem der Haushaltsausschuss bereits im April 485 Mio. Euro für den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel bewilligt hatte, beschlossen die Haushälter im Juni 2014 die Komplettfinanzierung des Ausbaus der Oststrecke des **Nord-Ostsee-Kanals** für insgesamt 265 Mio. Euro, wofür Minister Dobrindt dann im November 2014 endgültig mir gegenüber schriftlich den „Sofortvollzug“ bestätigte: diese insgesamt 750 Mio. Euro für eines der wichtigsten Verkehrsprojekte des Nordens – förderfähig mit 30-40 Prozent aus EU-Mitteln (CEF) - sind ein einzigartiges Signal des Haushaltsausschusses, der bislang noch nie eine derart große Summe für irgendein Verkehrsprojekt bundesweit quasi „am Verkehrsministerium vorbei“ bereit gestellt hat. Unser Nord-Ostsee-Kanal, dessen reibungsloses Funktionieren in der maritimen Wirtschaft, in der Logistik und in den Häfen zehntausende Beschäftigte in Arbeit hält, sollte nach den Haushaltsentwürfen 2014/2015 von Schäuble und Dobrindt eigentlich mit 400 Mio. Euro weniger auskommen. Am Nord-Ostsee-Kanal wissen sehr viele Beschäftigte und Unternehmer, dass sie diese gewaltige Investitionsspritze 2014 nicht etwa Bayern, sondern der SPD Schleswig-Holstein und mir verdanken. Ich bin überglücklich, dass der Haushaltsausschuss dieses starke Signal zur Umsetzung der Gesamtanierung des Nord-Ostsee-Kanals und damit zu seiner Zukunftsfähigkeit gesendet hat. Der Kanal bewältigt jedes Jahr übrigens mehr Schiffsverkehr als der Panama- und der Suez-Kanal zusammen. Diese großen Investitionen brauchen aber auch eine starke Behörde an der Küste, die diese Maßnahmen erfolgreich und kompetent umsetzt: Nachdem Schwarz-Gelb in der vergangenen Wahlperiode mit einem als „Reform“ getarnten **Kahlschlag bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)** von bundesweit ca. 12.500 Beschäftigten auf unter 10.000 einen Umbau der WSV zur reinen Gewährleistungsverwaltung (durch Privatisierung) plante, haben wir 2014 die **Kehrtwende mit klar sozialdemokratischer Handschrift** erreicht: der 6. WSV Bericht an den Haushaltsausschuss vom 31. August 2014 stellt klar, dass es **keinen Personalabbau**, sondern stattdessen sogar einen Aufwuchs geben wird. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wird auch weiterhin den größten Teil ihrer Sanierungs- und Baumaßnahmen selbst durchführen und mit den Haushalten 2014 und 2015 starten wir eine **Fachkräfteoffensive** - allein für den Ausbau und Erhalt der Bundeswasserstraßen haben wir 85 neue Stellen geschaffen.

Im Januar 2014 bin ich zur **Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA)** - einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses – gewählt worden. Ich freue mich sehr, dass mir diese verantwortungsvolle Aufgabe nach 12 Jahren als Mitglied anvertraut wurde! Das freut mich nicht nur deshalb besonders, weil in diesem Ausschuss seit 2009 federführend

die kritischen **Bundesrechnungshofberichte zur festen Fehmarnbeltquerung** beraten werden und **das Verkehrsministerium regelmäßig an den Ausschuss den Sachstand zu Kosten, Verkehrsprognosen und Zeitplänen vom geplanten Bau der Hinterlandanbindung zur FBQ berichten muss**. Den nächsten dieser Berichte muss Herr Dobrindt zum 31. Januar 2015 dem Ausschuss vorlegen – ich bin gespannt, ob er sich jetzt endlich mit Blick auf die Zeitverzögerungen und die Kostenexplosion „ehrlich macht“. Nach meiner festen Überzeugung kann die geplante Hinterlandanbindung auf der Grundlage der vom Land Schleswig-Holstein am 6. Mai **als Ergebnis des Raumordnungsverfahrens (ROV) empfohlenen Vorzugsvariante mit 55 km Neubautrasse** (anstatt 75 km Bestandstrasse) **auf keinen Fall vor 2026 fertig gestellt werden (eher 2028) und wird – inklusive neuer Sundquerung – mindestens 3 Milliarden Euro kosten anstatt der 2009 prognostizierten 840 Mio. Euro**. Insofern rückt „der Tag der Wahrheit“ immer näher – und damit der Tag, an dem die Berliner Bundesregierung gegenüber den Dänen eingestehen muss, dass sie gegenüber den aktuellen Zeitplänen (2021 Eröffnung der Beltquerung) mindestens 5 Jahre „im Verzug“ ist. **Wird die Regierung den Mut haben, die dänischen Freunde endlich auf der Grundlage des § 22 des Staatsvertrages an einen Tisch zu bitten, um die Rahmenbedingungen des Mammutprojektes kritisch und realistisch neu zu bewerten? Genau DAS ist meine Forderung und DAS ist im Interesse aller Ostholsteiner herausragend wichtig!** Und diese deutsche Ehrlichkeit wäre nicht nur laut § 22 vertragskonform, sondern ausdrücklich geboten und fair gegenüber den dänischen Partnern und dem dortigen Parlament, denn das „Folketing“ will 2015 über das Baugesetz zur Beltquerung und damit abschließend über das Projekt entscheiden und sollte dieses auf realistischen Grundlagen tun können. Es wäre für die Anwohner in Ostholstein ebenso wie für die dänischen Projektbetreiber eine Katastrophe, wenn die deutschen und dänischen Zeitpläne nicht aufeinander abgestimmt werden. Die Bundesregierung muss sich „ehrlich machen“ – denn die angestrebte Inbetriebnahme der Hinterlandanbindung im Jahr 2021/2022 kann Deutschland de facto nicht einhalten: der letzte Planfeststellungsbeschluss, der beklagt werden kann, wird nach den aktuellen Projektplänen der DB nicht vor 2020 gefasst. Vor einem möglichen Baubeginn kommt dann aber zunächst ein jahrelanges Klage- und Gerichtsverfahren durch vermutlich mehrere Instanzen und danach europaweite Ausschreibungen. Deswegen ist natürlich auch völlig klar: Inbetriebnahme 2028 ist noch realistischer als 2026 und ich persönlich bleibe bei meinem „NEIN“ zu diesem Mammutprojekt, dessen negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen in Ostholstein durch keine angeblichen Vorteile gerechtfertigt werden können. Die für dieses Projekt erforderlichen Milliarden sind in anderen Verkehrsinfrastrukturprojekten zukunftsweisender und ökologisch vernünftiger angelegt! Eine „sozial und ökologisch verträgliche Trasse“ (Anspruch der FBQ-Befürworter) zu finden, war von Anfang an so unerreichbar wie die Quadratur des Kreises. Im September 2014 brachte ein – noch immer unveröffentlichtes – Gutachten der Deutschen Bahn zu Alternativen zur Fehmarnsundbrücke wegen deren fehlender Tragfähigkeit des geplanten Schienengüterverkehr berechnete Aufregung: **CDU-Staatssekretär Enak Ferlemann aus dem Verkehrsministerium** verkündete pressewirksam die nun ermittelte Lieblingsvariante des Dobrindt-Ministeriums: **nämlich 2 neue Brücken als Ersatz für die Sundbrücke**.

Mit dieser quasi als alternativlos dargestellten Festlegung streute das CSU-geführte Verkehrsministerium den Menschen in Ostholstein einmal mehr Sand in die Augen. Denn **in Wahrheit bleiben nach dem Fazit des Bahn-Gutachtens von den 6 geprüften Varianten noch 4 gleichberechtigt im Rennen**, darunter auch der Absenk- und der Bohrtunnel, die allerdings – oh Wunder! – deutlich teurer sind als die 2-Brücken-Variante. Ferlemann drückte sich auch öffentlich um die Aussage herum, dass laut Gutachten 2015 über den Abriss der bestehenden Sundbrücke nach Baufertigstellung entschieden werden soll. Denn ohne Bundesstraßenverkehr könnte sie nach dem Willen des Verkehrsministeriums nur erhalten werden, wenn Kreis und/oder Land die Folgekosten übernehmen. Für unseren Norden kaum zu leisten!

Dem Versuch des Ministeriums, Tatsachen zu schaffen, bin ich zuvorgekommen und habe öffentlich über das tatsächliche Ergebnis des Gutachtens aufgeklärt: Es bleiben 4 Ersatz- und Ergänzungsvarianten im Rennen – darunter ganz klar auch eine Tunnellösung. Auch unser schleswig-holsteinischer **Verkehrsminister Reinhard Meyer** nahm das Verwirrspiel zum Anlass, um sich **am 15. September** gemeinsam mit mir und Lars Winter sowie den Bürgermeistern von Fehmarn und Großenbrode und dem Landrat vor Ort über die Lage zu informieren. Beim **Ortstermin in Strukkamp** am Fuße der Sundbrücke konnten wir jedes Mal unser eigenes Wort nicht verstehen, wenn ein Personenzug über die Brücke fuhr. Fakt ist: Lärmschutz zu gewährleisten ist auf einer Brücke mit ringsum flachem Land völlig unmöglich – bis zu 78 Güterzüge täglich würden den Norden Ostholsteins im Lärm ersticken! Nur ein Tunnel schluckt den Bahnlärm und erhält den Anwohnern und der Tourismusregion jedenfalls weitestgehend ihre Ruhe. **In Schleswig-Holstein gibt es inzwischen eine breite Mehrheit für die Tunnellösung:** der SPD-Landesparteitag folgte am 27. September in Lübeck dem Initiativantrag der SPD-Ostholstein fast einstimmig, Anfang Oktober zog auch der Landtag nach. Die Anliegerkommunen Fehmarn, Großenbrode und Heiligenhafen haben sich mit Resolutionen ebenfalls für eine Tunnellösung stark gemacht, die von Landes-Verkehrsminister Reinhard Meyer einberufene Kommunalkonferenz auf Fehmarn zum Jahresende auch.

Die Sundquerung verläuft mitten durch ein hochsensibles Natura-2000-Gebiet, das auf europäischer Ebene größtmöglichen Schutz verlangt. Darum ist es zwingend geboten, den Eingriff im Ostseegrund so gering wie möglich zu gestalten – u.U. kommt nur ein Bohrtunnel in Frage (kein Absenktunnel). Daher habe ich zusätzlich die „**abgespeckte Tunnelvariante**“ ins Spiel gebracht – das Bundesverkehrsministerium wird meinen Vorschlag zusammen mit den vier verbliebenen Varianten prüfen. Bei dieser von mir ins Spiel gebrachten Variante werden statt vier nur zwei Straßenspuren durch den Tunnel und die weiteren zwei Spuren über die bestehende Sundbrücke geführt – d.h. die lauten Güterzüge verschwinden im Tunnel, der Anwohnern und Touristen den größtmöglichen Lärmschutz sichert, während gleichzeitig die Umweltaingriffe durch den Tunnel wegen des deutlich reduzierten Tunneldurchmessers stark verringert werden. Auch das Wahrzeichen unserer Region - die denkmalgeschützte Sundbrücke - bleibt nur bei dieser Variante nachhaltig gesichert, weil sie eine Verkehrsfunktion für den Bund behält. Aus meiner Sicht ist diese Variante daher die beste Lösung für die Region, für den Fall, dass die Querung denn tatsächlich kommt.

Die öffentlichen Äußerungen Ende November des neu berufenen deutschen Botschafters in Dänemark, Claus Robert Krumrei, in einem Interview mit den Lübecker Nachrichten sorgten zu Recht für Empörung: er hatte das Engagement vieler Ostholsteiner gegen die Fehmarnbeltquerung als „**persönliche Befindlichkeiten**“ abgetan. Nach einem geharnischten Brief von mir hat er sich persönlich entschuldigt und wird 2015 mit Sicherheit Gelegenheit erhalten, seine Äußerungen in Ostholstein klar zurück zu nehmen. Ins neue Jahr 2015 starte ich **am 16. und 17. Januar 2015** mit einem Gast, dessen Wort in Berlin Gewicht hat: auf meine Einladung kommt **der Verkehrsausschussvorsitzende im Bundestag, Martin Burkert**, Sozialdemokrat aus Bayern, wegen der Planungen zur Hinterlandanbindung der Beltquerung **nach Ratekau, Bad Schwartau, Großenbrode und Fehmarn**. Er gilt seit Jahren als engagierter Verkehrsexperte, ist Gewerkschaftler und **hat 2009 als einer von 12 Sozialdemokraten im Bundestag gemeinsam mit mir GEGEN den Staatsvertrag zur FBQ mit Dänemark gestimmt. Begleiten wird uns am 17. Januar Frau Herbort – die Konzernbevollmächtigte im Norden für die Deutsche Bahn.**

Wie jedes Jahr habe ich auch 2014 Gäste zu für unsere Region wichtigen Themen nach Ostholstein geholt. So kam auf meine Einladung hin das **Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, am 27. Mai ins Kreishaus in Eutin**, um dort vor 60 Vertretern aus Politik, Arbeitsagenturen und Jobcentern sowie Wirtschaftsverbänden aus der Region über die prekäre Finanzausstattung der Jobcenter und dessen gesellschaftliche Auswirkungen bundesweit vorzutragen – dieses Thema hatte Landrat Sager Anfang Februar mir und Herrn Gädechens bei einem Krisengespräch im Jobcenter Ostholstein präsentiert. Die **katastrophale Finanzlage der Jobcenter in Ostholstein** ist allerdings Ergebnis der schwarz-gelben Kahl-schlagpolitik: Dem Jobcenter Ostholstein standen deswegen 2014 im Vergleich zu 2010 weniger als die Hälfte der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung – eine direkte Auswirkung der Kürzungen, mit denen CDU/CSU und FDP ab 2010 bundesweit bis 2016 35,6 Mrd. Euro „gespart“ hatten. In den JobCentern steht nun immer weniger Geld für arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Verfügung und gleichzeitig müssen Langzeitarbeitslose besser betreut werden, um eine Eingliederung zu gewährleisten. Auch der Wegfall hunderter Bürgerarbeitsplätze und des Programmes 50+ – bis 2014 befristet drei Jahre lang aus EU-Mitteln als Modellprojekt gefördert – war unser Thema **beim Besuch mit Heinrich Alt bei der BQOH in Lensahn** zu den dort angebotenen Maßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg speziell von Frauen und bei der **Neustädter Tafel**, um dort über den Erhalt dieser segensreichen Einrichtung in der Region zu diskutieren: **Herzlichen Glückwunsch den Aktiven der Neustädter Tafel, die im Dezember mit dem Anny-Trapp-Preis in Eutin ausgezeichnet wurden!!!**

2014 blieb selbstverständlich auch **die Energiewende** mein „Herzblutthema“: Am 11. Juni lud ich mit meiner **Bundestagskollegin aus Lauenburg und Energieexpertin Dr. Nina Scheer zur Veranstaltung zur EEG-Reform nach Oldenburg** und damit zu einem brisanten Thema ein: die anstehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes birgt Herausforderungen und Chancen für Schleswig-Holstein und ganz besonders natürlich für Ostholstein mit seinen vielen Windparks, Photovoltaik- und Biomasseunternehmen. Gemeinsam mit über 80 Gästen

diskutierten wird auch mit unserer Umwelt-Fachfrau aus dem Landtag, Sandra Redmann, und unserem SPD-Kreisvorsitzenden Lars Winter. Dabei wurden Konfliktthemen wie die Begrenzung der Biomasse, die Ausbaukorridore für Ökostrom oder die Neuregelung bei der EEG-Umlagenbefreiung für energieintensive Unternehmen kritisch diskutiert. Grundlage einer erfolgreichen Energiewende ist vor allem aber der bedarfsgerechte Netzausbau – für Ostholstein mit dem Entschluss der Bundesnetzagentur für eine **380-kV-Hochspannungsleitung von Göhl nach Lübeck Siems** ein aktuelles Top-Thema.

Unschätzbar wichtig für ein Gelingen der Energiewende mit dezentraler Struktur: unsere Stadtwerke, die durch die Blockadehaltung der 4 großen Energiemonopolisten – speziell durch E.on und RWE – bei der Netzübergabe an kommunale Stadtwerke gerade in Süd- und Ostholstein in Gefahr sind. Mit über 100 Gerichtsverfahren, die die alten Netzbetreiber provozierten, werden die kommunalen Netzübernahmen auf dem Rücken der Stromkunden aktuell blockiert. Dieser Zustand ist inakzeptabel: Stadtwerke müssen ihren Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge – und dazu gehört die Energieversorgung vor Ort – ungehindert nachkommen können. Wie bereits beim **1. Stadtwerkegespräch im Reichstag im Juni 2013** diskutierten Dr. Nina Scheer und ich beim **2. Stadtwerkegespräch in den Räumen der Stadtwerke Eutin am 11. Juni 2014** mit rund 30 Vertretern von Kommunen, Stadtwerken, Gemeinden, dem Verband kommunaler Unternehmen, der Gesellschaft für Kommunalberatung und der Vereinigten Stadtwerke Netz GmbH die weiterhin bestehenden Probleme bei der Vergabe der seit 2009 ausgelaufenen Konzessionsverträge für Stromnetze. Am **15. Dezember** setzten wir die Gesprächsreihe dann mit dem **3. Stadtwerkegespräch in Berlin** fort und holten dort hochrangige Vertreter aus dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesnetzagentur an den Tisch, um Lösungswege für die Situation der Stadtwerke konkret zu besprechen: Wir streben zeitnah Gesetzesänderungen, so dass wir deswegen unsere **Stadtwerkegespräche auch 2015** fortsetzen werden!

Nach 12 Jahren im Bundestag sind „Premieren“ selten geworden. Aber vom 26. bis 28. November gab es eine – nämlich die erste rein weibliche Besuchergruppe, die meiner Einladung für 3 Tage nach Berlin gefolgt war. **Frauenpower pur in Berlin: 50 Ostholsteinerinnen machten drei Tage die Hauptstadt „unsicher“!** Die Idee zu dieser „Frauenfahrt“ entstand am **8. Juli 2014 im Bugenhagen Werk, wo mein zweiter „Ladies‘ Day“ mit dem Ziel erfolgreichen „Networkings“ zwischen Frauen in Vereinen, Verbänden, in Unternehmen, Betriebsräten, in Medien ebenso wie in der Kommunalpolitik** mit ca. 70 Teilnehmerinnen wieder riesig viel Spaß gemacht hat - so sehr, dass ich schon heute sagen kann: **JA, es wird einen 3. Ladies‘ Day 2015 im Sommer geben und jede Frau, die dabei sein möchte, sollte sich in meinem Eutiner Wahlkreisbüro dafür anmelden.**

Die drei Tage in Berlin waren – wie immer - mit einem abwechslungsreichen, spannenden Programm vorbereitet: Die Frauen konnten eine topaktuelle Debatte während der Haushaltsberatungen im Bundestag zum Etat von Sigmar Gabriel mit vollbesetzter Regierungsbank verfolgen. Sie besuchten das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das

Bundeskanzleramt und genossen bei strahlendem Sonnenschein den Blick von der Bundestagskuppel mit meiner anschließenden persönlichen Führung durch die Fraktionsebene. Mit einer Stadtrundfahrt gab es dann auch ein wenig „Sightseeing“, und ein Besuch im Willy-Brandt-Haus durfte natürlich auch nicht fehlen. Auf das Interesse dieser Powerfrauen abgestimmt war der Besuch der „WeiberWirtschaft“, der sich als absolutes Highlight entpuppte: Die größte Frauengenossenschaft Europas unterstützt seit 25 Jahren Existenzgründerinnen und betreibt einen riesigen Gewerbehof. Unter dem Motto „Chefin werden – Chefin sein“ beherbergt die „WeiberWirtschaft“ bereits mehr als 60 Unternehmen in Frauenhand. Wir erhielten von der Geschäftsführerin einen spannenden Vortrag samt Führung, konnten unzählige Fragen loswerden und waren uns einig: Der Besuch in der „WeiberWirtschaft“ war für alle faszinierend! Die 1. Frauen-Berlin-Fahrt war ein „Experiment“, das ein 100%iger Erfolg war und eine Wiederholung – möglicherweise in einem Jahr in neuer „Besetzung“ – fast schon logisch erscheinen lässt.

Und natürlich waren diese 50 Frauen besonders begeistert, dass die SPD am 11. Dezember – **versprochen – gehalten!** – mit dem Gesetzentwurf von Frauenministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas (beide SPD) endlich die **Quote in Führungspositionen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes** durchs Kabinett gebracht hat: Wenn das Gesetz in Kraft tritt, werden knapp über 100 börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen eine feste Quote von 30 Prozent einhalten müssen, ca. 3.500 weitere Unternehmen werden selbst verbindliche Zielgrößen für den Frauenanteil in Aufsichtsrat, Vorstand und im obersten Management beschließen. Natürlich kann dies nur ein 1. Schritt sein – aber es ist dennoch ein historischer und ein unübersehbares Signal für mehr echte Gleichstellung. Von mehr Vielfalt in den obersten Führungsebenen werden im Übrigen auch die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt profitieren.

Aber natürlich waren diese 50 Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppen nicht die einzigen Gäste aus Ostholstein und Nordstormarn, die 2014 auf meine Einladung hin nach Berlin kamen: es waren erneut deutlich über 1.000 Besucher und Besucherinnen, darunter wieder unzählige Schulklassen, die ich traditionell auch schwerpunktmäßig im Wipo-Unterricht zur Diskussion besuche: so war ich am 25./26. Februar und am 27./28. März beim Unesco-Projekt der Inselfschule Fehmarn und kam im Küstengymnasium Neustadt, im Leibnitz Gymnasium und im Mühlenberg Gymnasium in Bad Schwartau mit insgesamt 300 11.Klässlern in 15 Schulstunden ins Gespräch. Am 15. Mai und am 11. Dezember besuchte ich insgesamt 170 Schülerinnen und Schüler der 9./10. Klassen der Eutiner Wilhelm Wisser Schule, am 8. Juli erneut das Küstengymnasium Neustadt, am 21. November die Friedrich-Hiller-Schule Schönwalde und am 10. Dezember zunächst zwei 10. Klassen in der Gemeinschaftsschule Pönitz, und danach 4 Stunden lang sechs 10. Klassen der Elisabeth-Selbert Schule in Bad Schwartau. Diese Gespräche mit dem hoffnungsvollen Nachwuchs in unserer Gesellschaft bedeuten mir sehr viel. Deswegen habe ich mich auch besonders über die Einladung zum Gespräch mit den Jugendbeiräten aus Ostholstein in Oldenburg am 21. November gefreut!

An den 9. November 1989 haben all diese jungen Leute naturgemäß keine eigene Erinnerung – aber die von uns Älteren ist umso frischer: 2014 jährte sich der Mauerfall in Berlin zum 25. Mal und wurde in unserer Bundeshauptstadt mit einem großartigen Fest begangen. Ich will

darum meinen diesjährigen Jahresrückblick mit sehr persönlichen, emotionalen Eindrücken von diesem Ereignis beschließen, die ich allein der Tatsache verdanke, dass meine Bahnfahrt in die Heimat zwischen zwei Bundestagssitzungswochen am 7. November „dank“ Bahnstreik unmöglich wurde und ich deshalb spontan beschloss, das historisch so bedeutsame Wochenende 8./9. November 2014 in Berlin zu verbringen. Schon am Freitagabend leuchteten hier tausende der Luftballons, die symbolträchtig den Mauerverlauf auf insgesamt 15 Kilometern nachzeichneten und am Sonntagabend spektakulär in den Abendhimmel steigen sollten. Eine Aktion, die an diesem Wochenende **nach 25 Jahren Mauerfall** ca. 1 Million Menschen – Berliner ebenso wie Gäste aus aller Welt – in ihren Bann zog.

Der offizielle Festakt fand im Konzerthaus am Gendarmenmarkt am Sonntagnachmittag statt - eine würdevolle Gedenkveranstaltung mit großartigen Gästen: Michail Gorbatschow, der mit ‚Gorbi‘-Rufen und stehenden Ovationen vom Publikum begrüßt wurde, Lech Wałęsa, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarność und Staatspräsident Polens, Miklos Nemeth, ehemaliger Ministerpräsident von Ungarn, der im Sommer 1989 die Grenze nach Österreich – und damit den ‚Eisernen Vorhang‘ - als erster öffnete und nicht zuletzt Egon Bahr, der an der Seite Willy Brandts die Grundlage für den Mauerfall – die Ostverträge – verhandelt und ermöglicht hat.

Ich saß nur wenige Reihen hinter diesen großen historischen Männern der deutschen und europäischen Einheit und gebe gerne zu, dass ich viele Male an diesem Nachmittag „Gänsehaut“ hatte. Natürlich war auch die Kanzlerin da und Bundespräsident Gauck – aber seinen letzten ganz großen Auftritt hatte hier am Gendarmenmarkt Klaus Wowereit, der erst am Tag zuvor von der Berliner SPD mit „Standing Ovations“ als Regierender Bürgermeister von Berlin verabschiedet und geehrt worden war. Er setzte in seiner warmherzigen Rede die richtigen Schwerpunkte – ohne übertriebenes Pathos – und würdigte die geladenen Gäste aus Polen, Ungarn und Russland angemessen, weil sie alle mit ihrem Handeln dazu beigetragen haben, dass politische Freiheiten erkämpft, Grenzen geöffnet wurden und Familien wieder zusammen finden konnten. Und Wowi vergaß auch nicht jene, die als Teil der Bürgerbewegung im Osten immer wieder mutig auf die Straßen gegangen und die Freiheit trotz Polizei- und Stasi-Willkür letztlich durchgesetzt und die Mauer zum Einsturz gebracht hatten. Selbstverständlich waren auch viele Vertreter der damaligen Oppositionsbewegung der DDR ebenso wie Regime-Opfer und deren Angehörige als Gäste geladen und Zeitzeugen kamen zu Wort. Ihnen und allen anderen, die die Mauer friedlich zu Fall brachten, haben wir zu verdanken, dass es nicht zu Gewalt und Blutvergießen kam.

Trotz der Anwesenheit von Bundespräsident Gauck und Bundeskanzlerin Merkel war es einem Sozialdemokraten vorbehalten, die große Festrede zu halten: Martin Schulz, soeben wiedergewählter Präsident des europäischen Parlamentes, setzte den 9. November 1989 in den gebotenen gesamteuropäischen Kontext: Denn mit der Mauer in Berlin und Deutschland fiel auch der ‚Eiserne Vorhang‘ in ganz Europa, und das Ende des jahrzehntelangen Kalten Krieges wurde eingeläutet. Die aktuellen Mahnungen von Gorbatschow, dass ein neuer Kalter Krieg mit der Ukraine quasi ‚vor der Tür stünde‘, waren – trotz aller Feierfreude – dabei allen Gästen präsent.

Ganz Berlin war an diesem Wochenende fest in der Hand hunderttausender Gäste aus der ganzen Welt, die dieses besondere Welt-Ereignis zusammen mit den Berlinerinnen und Berlinern entlang des 15 Kilometer langen ehemaligen Mauerverlaufs begingen. Von der Bornholmer Straße bis zur Oberbaum-Brücke, von der Invalidenstraße bis zum Checkpoint Charlie – überall dichtes Gedränge.

Aber natürlich stand die Straße des 17. Juni und vor allem die Bühne vor dem Brandenburger Tor besonders im Mittelpunkt. Und mit einbrechender Dunkelheit stand auch ich dort in der ersten Reihe – zunächst bewegt und berührt, teils staunend und am Ende fröhlich tanzend. Das Programm bei diesem Bürgerfest unter dem Motto „Mut zur Freiheit“ spiegelte wieder, wie vielfältig, tolerant und weltoffen Berlin 25 Jahre nach dem Mauerfall ist.

Als die leuchtenden Ballons zu den Klängen von Beethovens „Ode an die Freude“ unter der Leitung von Daniel Barenboim in den Himmel stiegen und anschließend ein fulminantes Feuerwerk über dem Brandenburger Tor für Begeisterung sorgte, endete der bewegende und sehr besondere, historische Tag in Berlin keineswegs: Es begann die Party, die niemand vergisst, der ‚live‘ dabei war!!! Die Fantastischen Vier standen auf der Bühne und Clueso, Udo Lindenberg nicht nur samt Panik-Orchester, sondern auch mit der gesamten Musical-Crew von „Hinterm Horizont“ und zum Schluss kam der bekannte Berliner DJ Paul Kalkbrenner mit einer unfassbaren Live-Lightshow. Wer neugierig auf meine Fotos von diesem Abend ist, der findet sie auf meiner Homepage unter der Rubrik „Privat“ ... und dazu ein Paul-Kalkbrenner-Video, das ich eigentlich für meine Söhne gedreht habe und das inzwischen fast 3.500 Klicks auf Youtube verzeichnet!

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für einen „guten Rutsch“ ins neue Jahr 2015 bei – vor allem – bester Gesundheit! Herzlichst Ihre und Eure

Bettina Wagedorn